

Amtliche Bekanntmachung



Amtsgericht Wuppertal

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll am

**Donnerstag, 17.09.2026, 09:00 Uhr,
2. Etage, Sitzungssaal A234, Eiland 2, 42103 Wuppertal**

folgender Grundbesitz:

Grundbuch von Elberfeld, Blatt 5623,

BV lfd. Nr. 2

Gemarkung Elberfeld, Flur 62, Flurstück 9, Gebäude- und Freifläche, Wiesenstraße 48, 48a, Größe: 543 m²

versteigert werden.

Grundstück, bebaut mit einem 4-geschossigen gemischt genutzten Gebäude, unterkellert, mit ausgebautem Dachgeschoss, Spitzboden (z.T. zu Wohnzwecken ausgebaut), Baujahr 1901 (gem. Untere Denkmalbehörde), teilweise modernisiert & renovierungsbedürftig und einem gewerblich genutzten 2-geschossigen Hintergebäude, Baujahr vermutlich ca. 1901, sanierungsbedürftig.

Das Vorderhaus steht unter Denkmalschutz und besteht aus 9 Wohnungen mit insgesamt ca. 564 m² Wohnfläche sowie einem Ladenlokal im EG rechts mit ca. 43 m². Die Nutzfläche des Hintergebäudes beträgt ca. 187 m².

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 09.06.2024 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

530.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.